

Türkei: Per Wahl zur Instabilität?

Das so positiv aufgenommene Ergebnis der Parlamentswahlen birgt auch viele Risiken

Günter Seufert

Der Ausgang der türkischen Parlamentswahlen wurde in Europa und den USA, aber auch in der liberalen Öffentlichkeit des Landes selbst mit großer Genugtuung aufgenommen. Die Wählerinnen und Wähler, so der Tenor, hätten die Pläne von Staatspräsident Erdoğan durchkreuzt, ein Präsidialsystem *sui generis* zu errichten, mit dem er faktisch zum Alleinherrscher geworden wäre. Die türkische Gesellschaft habe ihre liberalen Reflexe aktiviert, und das Ergebnis sei ein Sieg der Demokratie. Als Beleg dafür gilt vor allem der Erfolg der prokurdischen HDP, die überraschend den Sprung ins Parlament schaffte. In den Augen vieler Beobachter ist mit dieser Partei, die einen radikaldemokratischen Diskurs etabliert habe und Gruppen jeglicher kultureller Identität sowie Frauen einbeziehe, eine echte Alternative zur nationalistischen und staatsfixierten Politik aller anderen Parteien entstanden. Angesichts der Ängste vor einer Autokratie Erdoğan ist es verständlich, dass die positiven Aspekte der Wahl hervorgehoben werden. Tatsächlich hat die Bevölkerung dem geplanten Präsidialsystem eine klare Absage erteilt. Doch wie eine genauere Analyse der Ergebnisse zeigt, gibt es darüber hinaus wenig Grund, von einer Stärkung der demokratischen Kultur in der Türkei zu sprechen.

Die wichtigsten Resultate der Wahl sind der große Stimmenverlust der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) sowie der unerwartet hohe Zugewinn für die prokurdische Bewegung, die als Demokratische Partei der Völker (HDP) angetreten war.

Wenig überraschend ist die anhaltende Stagnation bei der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP). Sie hatte ihren Wahlkampf auf wirtschaftliche und soziale Fragen ausgerichtet, konnte damit aber keine Zuwächse erzielen. Zwar profitierte

sie moderat von der Schwäche der AKP, doch gleichzeitig verlor sie Stimmen an die rechtsextreme Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Letztere profitierte in noch viel stärkerem Maße von den Stimmen früherer AKP-Wähler, die gegen die Verhandlungen der Regierung mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sind und weiter auf eine gewaltsame Lösung der Kurdenfrage setzen.

Im Vergleich zum Ausgang der vorhergehenden Parlamentswahl von 2011 bietet sich folgendes Bild:

| Wahljahr | AKP %/Sitze | CHP %/Sitze | MHP %/Sitze | BDP%/HDP |
|----------|-------------|-------------|-------------|-----------|
| 2011 | 49,9 / 327 | 25,9 / 135 | 12,9 / 52 | 6,6 / 29 |
| 2015 | 40,8 / 258 | 25,0 / 131 | 16,3 / 80 | 13,1 / 79 |

Die AKP: Langfristiger Niedergang und aktueller Einbruch

Für die AKP ist das Ergebnis in vielerlei Hinsicht ein Desaster. Die Partei verlor ihre absolute Mehrheit im Parlament und ist nach über zwölf Jahren Alleinregierung nunmehr auf einen Koalitionspartner angewiesen. Damit scheint das Ende ihrer politischen Hegemonie eingeläutet, die sich seit 2002 in neun erfolgreichen Wahlgängen – Parlaments-, Kommunal- und Präsidentschaftswahlen sowie Referenden – manifestiert hatte. Die absolute Zahl der Stimmen für die AKP sinkt bereits seit Jahren kontinuierlich: von 21,4 Millionen bei den Parlamentswahlen 2011 auf 19,6 Millionen bei der Kommunalwahl 2014 und 18,6 Millionen beim jetzigen Urnengang. Erklären lässt sich dieser allmähliche Niedergang mit zwei Faktoren.

Erstens hat die AKP ihre Funktion verloren, strukturell benachteiligte Gruppen der türkischen Gesellschaft an politisch-administrativen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und durch Reformpolitik die Forderungen aufstrebender Schichten zu erfüllen. Stellte sich die Partei früher als »konservativ-demokratische« Kraft dar, die angetreten ist, um den Staat im Interesse breiter Bevölkerungskreise zu reformieren, so präsentiert sie sich heute als »Kaderbewegung« zur Restauration des Staates mit dem Ziel, eine phantasierte türkisch-islamische Zivilisation wiederzubeleben. Ursache für diesen Wandel ist die gelungene Integration der eigenen Parteikader in die staatliche und kommunale Bürokratie – damit wurde es zum Hauptanliegen der Partei, die eigene Herrschaft zu verteidigen.

Die Eroberung der Bürokratie spiegelt sich in der Herkunft der Kandidaten wider, die die Partei bei den letzten Parlamentswahlen jeweils aufgestellt hat. So sank die

Zahl der Unternehmer zwischen 2002 und 2015 von 71 auf 6. Teils noch stärkere Rückgänge verzeichneten die Berufsgruppen der Handwerker, der kleinen Händler, der Bankangestellten, der Beschäftigten im Tourismus sowie die Gruppe der Arbeiter/Gewerkschafter und Rentner. Ein großes Plus gab es dagegen bei den Angehörigen der Bürokratie/Soldaten, deren Zahl unter den Kandidaten im Zeitraum 2001–2015 von 18 auf 38 stieg, und bei den Juristen – mit einem Sprung von 60 auf 111.

Den stärksten Zuwachs aber verzeichneten »freie Berufe«, deren Zahl von 3 auf 45 stieg. Diese Kategorie erfasst hier nicht etwa klassische freie Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte und Steuerberater, sondern Karrieristen, die in der Partei groß geworden sind und außerhalb davon keiner Beschäftigung nachgehen. Die veränderte Stellung der Partei gegenüber der Realwirtschaft wird im Vergleich zur CHP besonders deutlich. War 2002 der Anteil der Unternehmer bei den Kandidaten der AKP noch doppelt so hoch wie bei der CHP, so waren 2015 die Unternehmer in der CHP zehnmals stärker vertreten als in der AKP.

Zweitens zahlt die AKP den Preis dafür, dass innenpolitisch viele Strukturreformen liegen geblieben sind und die Außenpolitik der Türkei als erfolglos wahrgenommen wird. Danach gefragt, wie sie die Arbeit der Regierung in der letzten Legislaturperiode bewerten, stellten die Bürger des Landes der AKP vor der Wahl 2015 ein wesentlich schlechteres Zeugnis aus als noch 2011. Am stärksten sank der Zuspruch bei den Themen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (minus 42 Prozentpunkte) und Irak-/Syrien-Politik (minus 39 Punkte). Auch in Sachen Korruptionsaufklärung, Armutsbekämpfung und EU-Politik wächst die Unzufriedenheit.

Die beiden genannten Faktoren erklären eher den schleichenden Verlust der AKP an Vertrauen und Rückhalt in der Gesellschaft. Dagegen sind die folgenden zwei Punkte ursächlich für das aktuelle Einbrechen der Partei. In den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes hatte die AKP den geplanten Über-

gang der Türkei vom parlamentarischen zu einem präsidentialen Regierungssystem gestellt. Dies geschah auf Drängen ihres langjährigen Vorsitzenden, des heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der direkt in die Formulierung des Wahlprogramms eingriff, obwohl er damit die Neutralität seines Amtes verletzte. Doch konnte Erdoğan niemals auch nur annähernd eine Mehrheit der Bevölkerung für eine solche Änderung des politischen Systems gewinnen. Noch im Mai 2015 sprachen sich bei einer Umfrage nur 14 Prozent aller Wähler bzw. 43 Prozent der AKP-Anhänger dafür aus.

Dies hinderte Erdoğan nicht daran, im Wahlkampf von den Bürgern unentwegt eine Drei-Fünftel-Mehrheit für die Regierungspartei zu fordern, damit sie die notwendige Verfassungsänderung auf den Weg bringen könnte. Doch selbst unter jenen Wählern, die gewillt waren, der AKP ihre Stimme zu geben, wollten noch im Mai 2015 nur 31 Prozent der stärksten Partei (d.h. der AKP) zugestehen, die neue Verfassung allein auszuarbeiten und ohne Rücksicht auf die Haltung der Opposition durch das Parlament zu bringen. Das aggressive Auftreten des Staatspräsidenten zugunsten der AKP war letztlich kontraproduktiv für die Partei. »Unsere Untersuchungen zeigen, dass 64 Prozent der Bevölkerung, aber auch 52 Prozent der AKP-Wähler die Kampagne Erdoğan nicht gutgeheißen haben«, so Murat Gezici, Inhaber des gleichnamigen Meinungsforschungsinstituts, nach der Wahl – ein Befund, der durch Umfragen anderer Institute bestätigt wurde.

Das zweite Element Erdoğan's Politik bei den Verhandlungen mit der PKK. In diesem Fall lassen sich die Auswirkungen auf das Wahlergebnis empirisch am deutlichsten nachweisen. Nach ersten Analysen kommen ca. 40 Prozent der Neustimmen für die prokurdische HDP und ca. 70 Prozent der Neustimmen für die türkisch-nationalistische MHP von früheren Wählern der AKP. Die Verhandlungen mit der PKK laufen seit März 2013, und eine Absetzbewegung von extrem nationalistisch ein-

gestellten AKP-Wählern hin zur MHP ließ sich deshalb nicht vermeiden. Zu verhindern wäre indes gewesen, dass sich die AKP auch den Kurden entfremdet, die sie bisher gewählt hatten. Doch wenige Wochen vor der Wahl hatte Erdoğan nicht nur bereits erreichte Fortschritte in den Verhandlungen demonstrativ zurückgenommen, sondern das Ende jeglicher weiterer Gespräche verkündet. Er führte damit einen Konfrontationskurs fort, den er im Herbst 2014 begonnen hatte. Damals verprellte er viele Kurden, indem er den von der PKK und ihrem syrischen Ableger PYD getragenen Widerstand in der syrisch-kurdischen Stadt Kobane mit dem »Islamischen Staat« gleichsetzte.

Der Rollenwechsel der HDP

Im mehrheitlich türkisch besiedelten Westen der Türkei, besonders in den Metropolen Istanbul und Izmir, wiesen AKP-kritische Stimmen der prokurdischen HDP vor der Wahl eine ganz neue Rolle zu. Erdoğan's Streben nach Alleinherrschaft schien die HDP plötzlich auch für nichtkurdische Wähler interessant zu machen. Der Kurs des Präsidenten und die sich verstärkende Tendenz bei der AKP, den Bürgern im Namen einer türkisch-islamischen Zivilisation konservative Normen und Werte aufzuzwingen, führten in weiten Kreisen der säkularen Mittelschicht zu einer Verschiebung der Bedrohungswahrnehmung. Die dem Einzelnen in den Metropolen des Westens auch räumlich ferne Gefahr einer »Spaltung des Vaterlandes« durch separatistische Kurden trat zurück gegenüber der nahen Bedrohung einer »Islamisierung« des Alltags durch Erdoğan und die AKP.

Es erwies sich als kluger Schachzug der HDP, nicht mehr – wie noch ihre prokurdische Vorläuferin, die BDP – einzelne »unabhängige« Kandidaten ins Rennen zu schicken, sondern als Partei die landesweite 10-Prozent-Hürde ins Visier zu nehmen. Denn hätte die HDP diese Marke nicht erreicht, wären die ihr zustehenden Mandate fast ausschließlich an die AKP gefallen. Damit bot nur der Einzug der HDP ins Par-

lament eine Garantie dafür, dass die AKP nicht die erforderliche Mehrheit erreichen würde, um ein Verfassungsreferendum auf den Weg zu bringen. Diese Konstellation übte erheblichen Druck auf Gegner Erdoğan aus, der HDP aus taktischen Gründen die Stimme zu geben. Zugleich wuchs so die Legitimation der Partei, die sich plötzlich in eine Schlüsselrolle als Bewahrerin des parlamentarischen Systems, wenn nicht der Demokratie überhaupt katapultiert sah.

Was die Verhandlungen mit der PKK betrifft, hatte die HDP dem Einsatz von Gewalt im Kurdenkonflikt eine konsequente Absage erteilt und auf einer friedlichen Lösung innerhalb des Territoriums wie des politischen Systems der Türkei bestanden. Dies war die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die HDP – gemäß den Schlagworten des politischen Diskurses – vom »legalen Arm des separatistischen Terrors«, nämlich der PKK, zu einer »Garantin des innergesellschaftlichen Friedens« werden konnte.

Zwar war es die AKP-Regierung, die den Verhandlungsprozess mit der PKK initiiert und geführt hat. Doch seit September 2014 – dem Zeitpunkt, als die Belagerung der syrisch-kurdischen Stadt Kobane durch den »Islamischen Staat« begann – tat sich die HDP als jene Partei hervor, die am stärksten auf eine Fortsetzung der Gespräche drängte. Diese Politik der HDP war für den Wähler freilich nur deshalb überzeugend, weil auch die drei Führungszentren der PKK (die Guerilla, der inhaftierte Führer Abdullah Öcalan und die europäische Diaspora) unisono an einer Verhandlungslösung festhielten. Provozieren ließ man sich weder durch die Rhetorik Erdoğan noch durch mehr als 100 bislang unaufgeklärte Anschläge, die gegen die HDP verübt wurden.

Ein Beleg für die demokratische Reife der Gesellschaft?

Es war also eine spezifische Konstellation, die den Einzug der HDP ins Parlament als Voraussetzung für eine Bewahrung der türkischen Demokratie erscheinen ließ –

bestehend aus Erdoğan's Streben nach Alleinherrschaft, einer verstärkt religiös-konservativen Politik der AKP, dem Friedenskurs der HDP und ihrer rein rechnerisch gegebenen Schlüsselrolle zur Verhinderung des Präsidialsystems. Eine wichtige Rolle spielten auch der kulturpluralistische, radikaldemokratische Diskurs der HDP und das überzeugende Auftreten ihres Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş.

In einem zweiten Schritt wurde der Wahlerfolg der Partei zum Beleg für die demokratische Reife der türkischen Gesellschaft erklärt, in einem dritten die HDP als potentiellles Sammelbecken liberaler Strömungen des Landes und künftige Hauptoppositionspartei ausgerufen. Vater des Gedankens war dabei der verständliche Wunsch, die HDP möge – ihrem Diskurs gemäß – Brücken zwischen Türken und Kurden, Sunniten und Aleviten, Säkularen und Frommen bauen, um so der Spaltung der Gesellschaft in politische Lager entlang kultureller Linien entgegenzuwirken.

Hätte die HDP in wahlentscheidendem Maße Stimmen nichtkurdischer, also türkischer Wähler linker und säkularer Orientierung erhalten, wäre dies ein Beweis für die zentrale Rolle, die der Partei künftig bei der demokratischen Entwicklung der Türkei zukommen könnte. Die kemalistische CHP sah ein solches Szenario als gegeben an und erklärte in den ersten Tagen nach der Wahl, ihr nur mäßiges Abschneiden gehe auf »Leihstimmen« ihrer Wähler für die HDP zurück. Tatsächlich aber wird dieses Bild einer starken Zusammenarbeit von türkischen und kurdischen Demokraten, von Säkularen und Linken durch die Wahlstatistik nicht bestätigt.

Sammlung der Kurden in der HDP

Der Löwenanteil der Stimmen, die die HDP im Vergleich zu den Wahlen 2011 hinzugewonnen hat, kommt von kurdischen und nicht von türkischen Wählern. Das zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die Provinzen, in denen die HDP Abgeordnete ins Parlament entsenden konnte. Aus den Hoch-

burgen der CHP, den Provinzen an der ägäischen Küste, schaffte es kein HDP-Kandidat ins Parlament (mit Ausnahme von Izmir, das eine große kurdische Bevölkerungsgruppe hat).

In einem relevanten Ausmaß verwirklicht hat sich die Hinwendung liberaler, linker und kemalistischer Türken zur HDP nur in Istanbul, wo die Partei in traditionell CHP-dominierten Wahlkreisen – wie auf den Prinzeninseln (Adalar), in Şişli, Bakırköy, Beşiktaş und Kadıköy – zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen erhielt. Eine Reihe von Analysen kommt zum Ergebnis, dass landesweit nur etwa 900 000 der drei Millionen Stimmen, die die HDP bei der Wahl (gemessen an 2011) hinzugewinnen konnte, von nichtkurdischen Wählern stammten und dass diese primär aus taktischen Überlegungen abgegeben wurden. 643 000 davon kamen aus Istanbul. Sie sind für höchstens 2 der 13 Prozentpunkte der HDP verantwortlich. Die Basis der HDP bilden dagegen nach wie vor eindeutig kurdische Wähler. Mehr noch: Der Charakter der HDP als Partei der kurdischen Nationalbewegung wurde durch die Wahl weiter gestärkt.

Das zeigt sich einmal daran, dass es der Partei gelungen ist, in großem Maße konservative und religiös gebundene Kurden für sich zu gewinnen, die ihr bis dato aufgrund der linken und stark säkularer Ideologie der PKK distanziert gegenüberstanden. Mit der Integration großer Teile der konservativen Kurden in ihre Wählerschaft ist die HDP zur hegemonialen Partei in den kurdischen Siedlungsgebieten des Ostens und Südostens der Türkei aufgestiegen.

Die Karten 1 und 2 (S. 6) zeigen, welche Partei bei den letzten beiden Parlamentswahlen in den einzelnen Provinzen jeweils die meisten Stimmen erhalten hat. 2011 konnte sich die prokurdische BDP nur in sieben Provinzen des Ostens und Südostens des Landes als stärkste Kraft durchsetzen. 2015 hat sich das Bild gründlich verändert. Nun siegte die prokurdische Partei in 14 Provinzen, und 13 davon bilden ein geschlossenes Siedlungsgebiet an den südlichen und östlichen Grenzen des Landes.

In fast allen diesen Provinzen kann von einer deutlichen Hegemonie der HDP gesprochen werden. Unter der 50-Prozent-Marke blieb die Partei lediglich in Ardahan und Kars (mit 31 bzw. 45 Prozent der Stimmen). Diese beiden Provinzen liegen im äußersten Nordosten des Landes, in dem Kurden nicht die Mehrheit der Bevölkerung stellen. In allen anderen 12 Provinzen liegt die HDP klar über der Schwelle zur absoluten Mehrheit: Iğdır 57 Prozent, Bitlis 61, Dersim (Tunceli) 61, Siirt 66, Muş 72, Batman 73, Van 74, Mardin 74, Ağrı 79, Diyarbakir 80, Şırnak 86 und Hakkari gar 88 Prozent. In zwei Nachbarprovinzen, Urfa und Bingöl, ist die HDP mit 40 bzw. 42 Prozent jeweils zweitstärkste Partei.

Dass die HDP einen großen Schritt auf dem Weg getan hat, sich zur Partei aller Kurden zu entwickeln, zeigt ein weiterer Aspekt des Wahlergebnisses. Stärkste Kraft wurde sie auch in der vom sunnitisch-kurdischen Siedlungsgebiet räumlich getrennten Provinz Dersim (Tunceli), in der alevitische Kurden die Mehrheit stellen. Die Skepsis gegenüber den sunnitischen Nachbarn hatte die Aleviten Dersims bei früheren Wahlen regelmäßig in großer Mehrheit für die CHP stimmen lassen. Der HDP ist es also gelungen, nicht nur – wie die prokurdischen Parteien vor ihr – die Stimmen linker und relativ säkularer sunnitischer Kurden zu erhalten, sondern auch unter den religiös gebundenen sunnitischen sowie unter den eher säkularer alevitischen Kurden eine Mehrheit zu gewinnen. Dies gilt nicht nur für die Provinzen Südost-Anatoliens, sondern auch für die mehrheitlich kurdischen Viertel von acht der dreizehn Großstädte der Türkei.

Aktuell war es die konfrontative Politik Erdogans gegenüber den Kurden und die dadurch hervorgerufene Enttäuschung, die es der HDP ermöglichten, ihre neuen Wählergruppen zu erschließen. Im Hintergrund stehen jedoch längerfristige Entwicklungen. So haben im Laufe der letzten Jahre konservative Kurden jene Forderungen nach kultureller, lokaler und auch nationaler Selbstverwaltung übernommen, die

Karte 1:
Wahlergebnis 2011 nach Provinzen



■ AKP ■ CHP ■ BDP ■ MHP

Quelle: <www.radikal.com.tr/secim-2015/2011-genel-secim-sonuclari/>.

Karte 2:
Wahlergebnis 2015 nach Provinzen



■ AKP ■ CHP ■ HDP ■ MHP

Quelle: <www.radikal.com.tr/secim-2015/secim-sonuclari/#cha>.

früher ausschließlich von linken und säkularen Kurden erhoben wurden.

Die HDP steht deshalb vor einer Reihe großer Herausforderungen, die es fraglich erscheinen lassen, ob sie die ihr zugedachte Rolle als neues Zentrum der demokratischen Opposition wirklich erfüllen kann. Sie muss die eben erst vollzogene Wendung von einer ausschließlich auf die Kurdenfrage gerichteten Kraft hin zu einem Akteur für

die Demokratie in der ganzen Türkei weiterführen und dabei eine Basis »mitnehmen«, die stärker denn je durch die nationalen Forderungen der Kurden geeint wird. Sie muss ihre jüngste Öffnung zu nichtkurdischen (türkischen), nichtmuslimischen (christlichen, primär armenischen) und nichtsunnitischen (alevitischen) Gruppen gegenüber einer Wählerschaft rechtfertigen, die stärker von konservativen Schich-

ten geprägt wird. Und sie muss den Spagat schaffen zwischen der säkularen, an militante Politik gewöhnten Führung der PKK und jenen neuen Gruppen ihrer Wählerschaft, die sich zwar stärker denn je als Kurden fühlen, aber der Ideologie und dem bewaffneten Kampf der PKK gegen die Türkei ablehnend gegenüberstehen.

Politische Polarisierung entlang kultureller Linien

Die Sammlung der Kurden in der HDP ist eine Folge der Schwächung der AKP, die bislang türkische und kurdische Konservative politisch zusammenhalten konnte. Aber auch am türkisch-nationalistischen Rand der AKP bröckelt es kräftig. Die Partei hat etwa genauso viele Stimmen an die rechtsextreme MHP wie an die HDP verloren. Die MHP hat außerdem bei der CHP gewildert, welche an die MHP doppelt so viele Stimmen abgab wie an die HDP. Zu beobachten ist damit eine Schwächung jener Parteien, deren Wähler sich nicht ausschließlich bzw. nicht in erster Linie national definieren: der CHP, die auch ein säkulares und sozialstaatliches Profil hat, sowie der AKP, die auch stark religiöse und kulturkonservative Züge trägt. Dagegen wurden die Parteien gestärkt, deren Wähler sich primär national definieren – die MHP, die ausschließlich auf türkischer Identität fußt, und die HDP, die stark auf kurdischer Identität beruht.

Zwei weitere Aspekte des Wahlergebnisses weisen in dieselbe Richtung. Zum einen sank die Zahl von Nichtwählern und ungültigen Stimmen. Frühere Nichtwähler sahen sich 2015 zur Positionierung gezwungen und votierten dabei mehrheitlich nach »nationaler« Zugehörigkeit, gaben ihre Stimme also der MHP bzw. der HDP. Auffallend ist zum anderen das Votum von Erst- und Jungwählern. Unter den 18- bis 24-Jährigen haben MHP und HDP einen größeren Stimmenanteil als in der Gesamtbevölkerung. Bei den Erstwählern ist die MHP bereits zweitstärkste Partei, und die HDP zieht in dieser Gruppe mit der CHP gleich.

Anders als der von Hoffnungen beflügelte erste Eindruck des Wahlergebnisses vermittelte, gibt es den »gesamttürkischen Wähler« nicht, der primär gegen Autoritarismus und für mehr Demokratie gestimmt hätte. Stattdessen ist die politische Entfremdung zwischen Türken und Kurden gewachsen, und jene Partei, die beide Volksgruppen vereinigte – die AKP –, wurde geschwächt. In der Bevölkerung hält die Tendenz an, sich gemäß der eigenen kulturellen Identität politisch zu positionieren: als Kurde in der HDP, als muslimischer Türke in der MHP, als türkisch-sunnitischer Muslim in der AKP und als säkularer Türke (und Alevit) in der CHP.

Drei Szenarien zur Regierungsbildung

Tatsächlich sind die politischen Prioritäten von Wählern und Parteien weniger auf den Erhalt demokratischer Standards gerichtet als vielmehr darauf, die Machtposition der eigenen Gruppen gegenüber der Konkurrenz abzusichern. Ein Zeichen dafür ist, dass Vorschläge kein Gehör finden, parlamentarische Schritte zur Restauration demokratischer Mindeststandards einzuleiten – obwohl im Wahlkampf alle Oppositionsparteien undemokratische Praktiken und Gesetze der AKP-Regierung anprangerten. Mit ihrer neuen Mehrheit im Parlament wäre die bisherige Opposition in der Lage, unabhängig von der Regierungsbildung einige wesentliche Hindernisse zu beseitigen, die gleichberechtigter politischer Partizipation, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit im Wege stehen. Doch bei CHP und MHP stoßen die Appelle der Zivilgesellschaft auf taube Ohren, über gemeinsame Gesetzesinitiativen die 10-Prozent-Hürde abzusenken, das erst kürzlich verabschiedete Gesetz zur Inneren Sicherheit zurückzunehmen und die jüngste Justizreform zu revidieren, die Richter und Staatsanwälte zu Instrumenten der Regierung gemacht hat. Die Parteiführer konzentrieren sich stattdessen auf taktische Manöver bei der Regierungsbildung.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Realistisch sind drei Szenarien. Eine Koalition aus AKP und MHP wäre angesichts der ideologischen Nähe der beiden Parteien am einfachsten zu bilden, würde aber das größte politische Risiko für die Türkei bedeuten. Die MHP fordert ein Ende der Friedensverhandlungen mit der PKK, und sie würde weniger auf ein höheres Maß an politischer Freiheit pochen denn auf Mitsprache bei deren Einschränkung und Kontrolle. Weder die Forderungen der Kurden noch jene der liberalen Mittelschichten würden gehört, was mittelfristig eine doppelte Gefahr brächte – dass erneut Kämpfe in den Kurdengebieten aufflammen und es wieder zu Massenunruhen à la Gezi in den Großstädten des Westens kommt. Angesichts der politischen Polarisierung in der Bevölkerung, des dschihadistischen Terrors in den südlichen Nachbarländern und der Durchlässigkeit der türkischen Grenze zu Syrien drohen Kämpfe im Südosten des Landes schnell außer Kontrolle zu geraten. Und sollten Proteste in den Metropolen abermals brutal niedergeschlagen werden, könnte dies das endgültige Ende für den EU-Beitrittsprozess markieren.

Eine Koalition aus AKP und CHP würde beiden Partnern zwar sehr viel mehr Anstrengung und Kompromissbereitschaft abverlangen. Sie böte jedoch eine Chance darauf, die Kurdenfrage durch Reformgesetze zu entschärfen und die größten Auswüchse der Justizreform zurückzunehmen. Eine Regierungsbeteiligung der CHP würde es der AKP außerdem ermöglichen, unter Wahrung ihres Gesichts außenpolitisch längst überfällige Korrekturen im Verhältnis zu Syrien, Ägypten, Saudi-Arabien und Israel einzuleiten. Sollte die CHP in die Regierung eintreten, wäre dies auch eine starke Botschaft an die Adresse der Europäischen Union. Innenpolitisch könnte eine solche Koalition dazu beitragen, die entstandene Polarisierung abzuschwächen.

Ein drittes Szenario besteht darin, dass die Koalitionsverhandlungen ins Leere laufen und Neuwahlen angesetzt werden – vor allem Staatspräsident Erdoğan spielt

mit diesem Gedanken. Die Unsicherheit, die die Bevölkerung angesichts außenpolitischer Bedrohung und gefährdeter Wirtschaftslage bei einer sich hinziehenden Regierungsbildung vermutlich erfassen wird, könnte sich zugunsten der AKP auswirken. Doch ist eine solche Reaktion der Wähler keineswegs sicher. Neuwahlen bergen für die AKP außerdem das Risiko, dass sich die Konflikte innerhalb der Partei ernsthaft verschärfen. Aufgrund der Parteistatuten mussten ältere Kader, die in der AKP eine starke Stellung haben, bei der jüngsten Wahl aussetzen. Bei einem abermaligen Urnengang würden sie ihre früheren Plätze erneut beanspruchen – auf Kosten der neuen Abgeordneten, die unter hohem finanziellen Einsatz eben erst zu ihren Mandaten gekommen sind.

Eine Chance, Jahre politischer Instabilität zu vermeiden, hat die Türkei somit nur unter zwei Bedingungen. Die AKP muss der Versuchung widerstehen, den scheinbar leichteren Weg einer Koalition mit der MHP zu gehen. Und Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu darf sich Erdoğan's Drängen auf baldige Neuwahlen nicht beugen.